

Antrag

der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Marc Bernhard, Petr Bystron, Siegbert Droese, Dr. Michael Ependiller, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jörn König, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Tourismuspipfel im Kanzleramt jetzt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Tourismusbranche ist von der Corona-Krise so stark betroffen wie kaum eine andere Branche. Der Hotelverband Deutschland (IHA) hat im Rahmen einer Öffentlichen Anhörung vor dem Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages am 7. Oktober 2020 insoweit geäußert, dass die Corona-Krise die Hotellerie in die größte Krise der Nachkriegszeit gestürzt habe (www.bundestag.de/resource/blob/797636/7f820c0b56466138b80bc6d2985ff356/stellungnahme_hotelverband-data.pdf). Dies wird auch dadurch untermauert, dass das Gastgewerbe nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Bereich der Beherbergungsleistungen einen realen Umsatzrückgang in Höhe von 42 Prozent in den ersten acht Monaten des Jahres 2020 verkraften musste (www.bundestag.de/resource/blob/797636/7f820c0b56466138b80bc6d2985ff356/stellungnahme_hotelverband-data.pdf).

Als besonders dramatisch erweist sich dabei auch die weit unterhalb der Rentabilitätsschwelle liegenden Zimmerauslastungen in den Städtedestinationen (www.bundestag.de/resource/blob/797636/7f820c0b56466138b80bc6d2985ff356/stellungnahme_hotelverband-data.pdf). Laut Aussage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) ist die Krise im Gastgewerbe trotz der mancherorts gut gefüllten Ferienhotels und Biergärten noch lange nicht vorbei (www.dehoga-bundesverband.de/presse-news/pressemitteilungen/detail/news/dehoga-pm-2027-dehoga-zieht-corona-zwischenbilanz-gastgewerbe-weiterhin-in-grosser-not/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=156d8a2867f2531e4f2dee3ff3476ec6). Gerade bei den Tagungshotels, den Eventcaterern oder Discotheken sei die Lage weiterhin dramatisch. 61,6 Prozent der gastgewerblichen Unternehmer bangen laut DEHOGA um ihre Existenz (ebd.). Insgesamt befinden sich damit große Teile des Gastgewerbes aktuell in einer existenzbedrohenden Situation.

Die dramatischen Auswirkungen der Corona-Krise und der ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen erschüttert die Tourismusbranche jedoch auch weit über das Gastgewerbe hinaus. Nach Angaben des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) mussten die Unternehmen der Branche allein im ersten Halbjahr 2020 35 Milliarden Umsatzverluste in-

folge des Lockdowns verkraften (www.deuschertourismusverband.de/presse/pressemitteilungen/aktuelle-pressemitteilungen/aktuelle-pressemitteilungen/article/dtv-enttauscht-ueber-fortbestand-des-uebernachtungsverbots.html).

Auch der Deutsche Reiseverband (DRV) warnt, dass die existenzbedrohende Situation der Reisewirtschaft immer dramatischer werde (www.driv.de/anzeigen/txnews/wirtschaftliche-situation-in-der-reisewirtschaft-wird-immer-dramatischer.html). Das fehlende Auslandsgeschäft vernichtete Arbeitsplätze (ebd.).

Die aktuellen Maßnahmen, die auf Bundes- und Landesebene zur Eindämmung der Corona-Krise getroffen wurden, verschärfen die verzweifelte Situation der Tourismusbranche zusätzlich.

Beherbergungsverbote der Bundesländer für Urlauber aus Risikogebieten haben der kurzen Erholung des Gastgewerbes in der Sommersaison ein jähes Ende in den Herbstferien bereitet. So beklagte der DEHOGA infolge der Beherbergungsverbote eine „heftige Stornierungswelle“, da die harten Auflagen für Reisende zu abschreckend seien (www.tagesschau.de/wirtschaft/hotels-krise-beherbergungsverbot-101.html).

Die Tourismusbranche wird voraussichtlich noch auf unabsehbare Zeit mit den Auswirkungen der Corona-Krise zu kämpfen haben. Hilfsmaßnahmen des Bundes sowie der Länder konnten bislang jedenfalls keine tragfähige und dauerhafte Perspektive für die Branche unter Corona-Bedingungen aufzeigen. Mit dem bevorstehenden Jahreswechsel droht dem Tourismussektor sogar eine nie dagewesene Pleitewelle, wenn die Verlängerung der Insolvenzantragsfrist ausläuft. Viele Unternehmen der Branche und die rund 3 Millionen Beschäftigten fühlen sich deshalb gegenwärtig von den politischen Entscheidungsträgern im Stich gelassen.

Eine Branche, die für fast 4 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung und jeden 15. Arbeitsplatz in unserem Land verantwortlich ist, verdient deshalb Gehör, wenn sie belastbare Auswege aus einer Krise anmahnt, in die sie völlig unverschuldet geraten ist. Die Tourismuswirtschaft muss in der aktuellen Situation endlich zur Chefsache gemacht werden. Wertschätzung für die Tourismusbranche darf nicht länger ein reines Lippenbekenntnis in Sonntagsreden sein.

Deshalb ist es nun dringend geboten, dass kurzfristig ein Tourismusgipfel im Kanzleramt unter Leitung der Bundeskanzlerin und unter Beteiligung der fachlich zuständigen Kabinettsmitglieder mit Verbandsvertretern der Tourismuswirtschaft über ein Konzept zur Bewältigung der Corona-Krise in der Tourismuswirtschaft berät. Dabei ist insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, dass Vertreter der mittelständischen Teile der Tourismuswirtschaft an dem Gipfel teilnehmen, um die spezifische Sichtweise dieses Branchensegments in die Beratungen einzubringen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Verbandsvertreter der deutschen Tourismuswirtschaft, unter Einschluss des mittelständischen Teils der Branche, kurzfristig zu einem Gipfeltreffen unter Leitung der Bundeskanzlerin ins Kanzleramt einzuladen, um gemeinsam mit den fachlich zuständigen Mitgliedern des Bundeskabinetts über ein Konzept zur Bewältigung der Corona-Krise in der Tourismuswirtschaft zu beraten,
2. im Rahmen des Tourismusgipfels auch darüber zu beraten, inwieweit aus Sicht der Branchenvertreter die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die Erarbeitung der nationalen Tourismusstrategie einfließen sollten,
3. einen Folgegipfel anzuberaumen, der sechs Monate nach dem ersten Gipfeltreffen mit der Bundeskanzlerin und den zuständigen Mitgliedern des Bundeskabinetts die Wirksamkeit der getroffenen Vereinbarungen überprüft und, falls erforderlich, Anpassungen vornimmt,

4. drei Monate vor dem Folgegipfel gegenüber dem Deutschen Bundestag über den Stand der Umsetzung der auf dem Tourismusgipfel getroffenen Vereinbarungen zu berichten.

Berlin, den 23. Oktober 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

